



INFOMAIL

Berliner Politik aus Sicht Ihres Wahlkreisabgeordneten in Karlsruhe-Land

Freitag, 18. Mai 2018

Band 12, Ausgabe 9

Themen

- **Arbeitsmarkt**
- **Familien**
- **Rente**
- **Religionsfreiheit**

«Vielleicht werden wir ja alle in zehn Jahren - ich werde dann nicht mehr als Bundeskanzlerin hier sein, aber egal - vielleicht werden wir in zehn Jahren auch alle keine Smartphones mehr haben.»

(Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) auf dem DGB-Bundeskongress über mögliche technologische Änderungen und am Rande ihre eigene Zukunft)

In dieser Ausgabe:

Arbeitsmarkt und Zuwanderung	2
Baukindergeld kommt zügig!	2
Gewalt gegen Christen beenden	3
Festhalten an Iranabkommen	3
Spargel aus Graben-Neudorf im Kanzleramt	3
Aus meiner Rede zum Bundeshaushalt 2018	4

Bundeshaushalt 2018

Die lange Phase der Regierungsbildung nach der Bundestagswahl hatte zur Folge, dass der Bundeshaushalt für das laufende Jahr vergleichsweise spät verabschiedet werden kann. Der Kabinetentwurf liegt jetzt vor und enthält neben dem Haushalt 2018 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 2022 Eckwerte für 2019.

Der neue Finanzminister hat einen Kurs eingeschlagen, der unsere solide Haushaltspolitik fortsetzt. Der Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt, den wir diese Woche debattiert haben, berücksichtigt noch nicht die neue Steuerschätzung, wonach die Ausgabenspielräume des Bundes bis 2022 noch einmal um insgesamt 10,8 Milliarden Euro auf 56,8 Milliarden Euro ansteigen werden. Da diese Schätzung bei Kabinettsbeschluss noch nicht vorlag, können und werden wir in unseren parlamentarischen Beratungen die Verwendung dieser Mittel nach klaren Prioritäten vornehmen: Abbau der kalten Pro-

gression, Investitionen in Digitalisierung sowie Aufwuchs der Mittel für die Bundeswehr und Entwicklungshilfe.

Für das Verteidigungsministerium ist der Ausgaberahmen im Regierungsentwurf um



1,566 Mrd. Euro gegenüber 2017 angehoben worden. Insgesamt sieht das Kabinett 38,493 Mrd. Euro für 2018 vor. Vor dem Hintergrund der getroffenen NATO-Beschlüsse soll in den nächsten Jahren ein weiterer Anstieg der Verteidigungsausgaben innerhalb des NATO-Zielkorridors zum Erreichen der notwendigen Fähigkeiten der Bundeswehr erfolgen. In der vorliegenden Planung steigt der Einzelplan auf jeweils rund 44 Mrd. Euro in den Jahren 2021 und 2022 an.

Im Verkehrsministerium soll es einen geringfügigen Rückgang von 102 Mio. Euro gegenüber 2017 geben. Die

Verkehrsinvestitionen sollen jedoch auf dem hohen Niveau von 14,1 Mrd. Euro fortgeführt werden. Die Ausweitung der Lkw-Maut zum 1. Juli 2018 auf das gesamte Bundesfernstraßennetz ist ebenso abgebildet wie das „Sofortprogramm Saubere Luft 2017 - 2020“, das der Verbesserung der Luftqualität in Städten dient. Für den weiteren Ausbau der digitalen Infrastruktur hat die Bundesregierung für 2018, noch vor Errichtung des eigens vorgesehenen Digitalfonds, eine zusätzliche Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1,15 Mrd. Euro eingestellt.

Die aktuelle Haushaltsentwicklung ist sehr erfreulich. Sie darf aber nicht über die Risiken hinwegtäuschen – gerade auch in Form handelspolitisch bedingter Wachstumseinbußen. Es ist eine lange Strecke bis 2021. Wir werden daher zu Beginn dieser Wahlperiode nicht zu viele finanzrelevante Maßnahmen auf einmal beschließen können. Unsere neugewonnenen Gestaltungsmöglichkeiten werden wir sorgfältig prüfen und abwägen.

Arbeitsmarkt und Zuwanderung

Die Wirtschaft brummt, der Arbeitsmarkt ist robust, die Steuerquellen sprudeln. Das zeigt sich auch in der Zahl der Erwerbstätigen. Diese ist in diesem Jahr mit 44,4 Millionen auf einem erneuten Rekordhoch. Das sind rund eine Million mehr Menschen in Arbeit als noch vor 2 Jahren! Die Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter ist im Jahresverlauf noch stärker gestiegen, um knapp 800.000 auf nunmehr 32,6 Millionen Arbeitnehmer.

Die Zahl der Arbeitslosen und insbesondere auch der Langzeitarbeitslosen sinkt weiter – und das mit steigenden Raten. Wir haben die niedrigsten Arbeitslosenzahlen seit einem Vierteljahrhundert. Die Bundesregierung hat den Ansatz für die Hartz IV-Ausgaben wegen dieser guten Entwicklung im laufenden Jahr sogar um 300 Mio. Euro absenken können.

In dieser eigentlich sehr positiven Lage beherrschen viele negative Meldungen die Diskussion um die aktuelle Zuwanderung: Berichte über Kriminelle aus Nordafrika, Islamisten aus Afghanistan, Organisierte Kriminalität in unseren großen Städten, organisierte Einbrecherbanden aus Osteuropa, Rechtsfreie Räume – kurz: fortgesetztes Staatsversagen bei der Inneren Sicherheit und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung prägen den Eindruck Vieler über die Auswirkungen der Zuwanderung.

Worüber deutlich seltener berichtet wird, das sind die Chancen, die der Zuwachs an vergleichsweise jungen und relativ fortpflanzungsfreudigen Menschen unserer gealterten und weiter alternden Gesellschaft mit sich bringt.

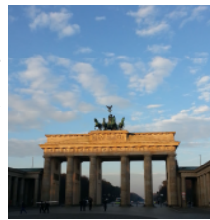
In Berlin gibt es derzeit 160.000 Arbeitssuchende, aber Sie finden gleichzeitig

quer durch die Stadt an Tankstellen, Bäckereien, Einzelhandelsgeschäften und Gaststätten zuhauf Zettel, auf denen Arbeitskräfte gesucht werden – und vielfach sind es Vollzeitstellen und keine Aushilfen.

Geringe Sprachkenntnisse sowie fehlende formale Berufsabschlüsse erschweren oftmals die schnelle Integration Zugewanderter in unseren

Arbeitsmarkt und unsere Gesellschaft. Ich begrüße daher ausdrücklich, dass die Bundesregierung für Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen

und für die berufsbezogene Deutschsprachförderung nach SGB II und SGB III mehr als 530 Millionen Euro zur Verfügung stellen will. 530 Millionen - das ist eine Ansage, für mehr gesellschaftliche Teilhabe, die Heranführung an den Arbeitsmarkt sowie den Spracherwerb.



Baukindergeld kommt zügig!

In einer Klausurtagung haben wir mit unserem Koalitionspartner neue Impulse für die Arbeit der Koalition gesetzt. Die und Bürger in Deutschland erwarten zu Recht, dass wir uns um die großen und zukunftsweisen Fragen, aber auch um ihre konkreten Sorgen kümmern. In diesem Sinne sind unsere Beschlüsse zu verstehen.

Im Mittelpunkt steht die Wohnrauminitiative, die das Baukindergeld, die Sonderabschreibung für Mietwoh-

nungsneubau und Änderungen im Mietrecht umfasst. Den Eigentumserwerb für junge Familien fördern wir, indem wir rückwirkend zum 1. Januar 2018 das Baukindergeld für den Neubau oder den Erwerb einer selbst genutzten Bestandsimmobilie einführen.

Pro Kind und Jahr erhält nun jede Familie 1.200 Euro für einen Zeitraum von zehn Jahren. Für eine Familie mit zwei Kindern ergibt sich damit über zehn Jahre ein Betrag von 24.000 Euro. Recht auf das Baukindergeld hat jede Fami-

lie, die in Deutschland zum ersten Mal eine Immobilie neu baut oder erwirbt. Das zu versteuernde Jahreseinkommen darf dabei 90.000 Euro bei einer Familie mit einem Kind nicht übersteigen. Pro weiteres Kind erhöht sich dieser Betrag um 15.000 Euro. Anträge sollen ab August 2018 bei der KfW gestellt werden können. Weitere Bestandteile der Wohnrauminitiative sind Verbesserungen und Klarstellungen bei der Mietpreisbremse und sowie steuerliche Anreize für den Neubau von Wohnungen im bezahlbaren Mietsegment.

Gewalt gegen Christen beenden

Bombenattentate auf drei christliche Kirchen in der indonesischen Stadt Surabaya, die durch eine Familie mit noch jungen Kindern ausgeführt wurde, haben mindestens 13 Todesopfer und zahlreiche Verletzte gefordert.



Diese wahnsinnigen Taten lenken ein Schlaglicht auf die Gefahr, die von einem religiös motivierten Extremismus ausgeht, der die Religionsfreiheit nicht anerkennt. Sie mahnen uns, uns noch stärker für dieses Menschenrecht und für das friedliche Zu-

sammenleben der Religionen einzusetzen.

Es ist nicht eine Religion, die Angehörige der eigenen oder einer anderen Religion tötet, sondern es sind Extremisten, die die Würde ihres Gegenübers nicht achten. Religionsführer auf aller Welt sind aufgerufen, solche Extremisten deutlich zu verurteilen.

Festhalten an Iranabkommen

Die Entscheidungen des US-Präsidenten zur Kündigung des Nuklearabkommens mit dem Iran und zur Wiedereinführung von Sanktionen bedeuten einen herben Rückschlag für die unerlässlichen Bemühungen zur Stabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens. Der Rückzug der USA belastet die transatlantischen Beziehungen. Mit ihm einher geht ein erneuter erheblicher Vertrauensverlust, was die Bedeutung multilateraler Abkommen angeht. Gleichzeitig fördert er die Gefahr einer weiteren Verbreitung von Nuklearwaffen.



Quelle: Deutscher Bundestag

Das Abkommen mit dem Iran hat zwar Schwachstellen, aber es funktioniert. Bessere friedliche Lösungen zur Vermeidung einer nuklearen Aufrüstung Irans gibt es derzeit nicht.

Es ist in unserem gemeinsamen Interesse, dass Iran atomwaffenfrei bleibt. Jetzt geht es darum, wie das Abkommen ohne die USA erhalten werden kann. Wir werden weiterhin zum Atomabkommen stehen und unsere sowie die Interessen Euro-

pas schützen. Dabei werden wir uns an unsere Verpflichtungen halten, sofern der Iran vertragstreue ist. Die iranische Regierung muss aber auch wissen, dass die EU nur dann ein Partner sein wird, wenn Iran eine konstruktive Rolle in der Region einnimmt. Neben der Einhaltung des Atomabkommens muss Iran seine destabilisierenden Aktivitäten in der Region beenden und sein ballistisches Raketenprogramm zurückfahren. Die jüngsten nächtlichen iranischen Angriffe auf israelische Militärlagerungen auf den Golanhöhen verurteilen wir auf das Schärfste.

Spargel aus Graben-Neudorf im Kanzleramt

Bei einem Treffen im Bundeskanzleramt überreichten die Spargelhoheiten Carolin Mezger, Victoria Edelmann und Melissa Kammerer gemeinsam mit Bürgermeister Christian Eheim und Axel Fischer, MDB, unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel frischen Graben-Neudorfer Spargel.



© Bundesregierung | Guido Bergmann

Die Bundeskanzlerin empfängt in der Spargelzeit traditionell eine Delegation aus Graben-Neudorf im Bundeskanzleramt.

Graben-Neudorf genießt als Anbaugbiet eine Sonderstellung, weil die örtlichen Erzeuger den Spargel auf traditionelle und nachhaltige Art anbauen, in der sie auf den Einsatz von Folien, Tunnels oder Heizungssystemen verzichten.

AXEL E. FISCHER
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030-227-73790
Fax: 030-227-76677
E-Mail: axel.fischer@bundestag.de

"Zu glauben, wir könnten bei der Künstlichen Intelligenz vorne sein und bei Daten so restriktiv wie möglich, ist genauso, wie man Kühe züchten will und ihnen kein Futter gibt. Das ist einfach so."

(Bundeskanzlerin Angela Merkel am Mittwoch im Bundestag zur Frage, wie restriktiv mit Daten umgegangen werden soll.)

Aus meiner Rede zum Bundeshaushalt 2018

„Die Koalition ist sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst. Die Entwicklung der Sozialausgaben im Bundeshaushalt zeigt dies deutlich.

Lagen diese in 2014 noch bei 149 Mrd. Euro, sollen sie in 2018 auf 174 Mrd. Euro steigen. Das sind 25 Mrd. Euro oder 17% mehr als noch vor 4 Jahren.

Diese Steigerungen sind im Wesentlichen auf vielfältige zusätzliche Leistungen im Bereich der Rentenversicherung zurückzuführen, wie Rente mit 63, Mütterrente, verbesserte Erwerbsunfähigkeitsrente oder die Erhöhung des REHA-Budgets die wir in den letzten Jahren eingeführt haben, um die Situation unserer Rentnerinnen und Rentner weiter zu verbessern.

Diese waren wichtig und richtig, führen aber natürlich zu einer massiven Erhöhung der Sozialausgaben beim Bund. (...)

Die Zuschüsse zur Rentenversicherung sowie die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung stellen mit über 100 Milliarden Euro den größten Block im Bundeshaushalt 2018 dar. Das ist knapp ein Drittel der

gesamten Ausgaben des Bundes, über 5 Milliarden Euro mehr als noch 2016.

Die Konjunktur ist gut, und so werden auch in diesem Jahr die Renten zum 1. Juli um über 3 Prozent steigen.



Hier zeigt sich: Das Wohl unserer Senioren liegt dieser Bundesregierung am Herzen.

Nicht nur Mütterrente und Rente mit 63 verursachen eine gewisse Ausgabendynamik so dass wir auch zukünftig weiter stark wachsende

Ausgaben haben werden und den Betrag von 100 Milliarden Euro weiter überschreiten werden.

Angesichts der demographischen Entwicklung dürfte sich ohne größere soziale Einschnitte hieran in den kommenden Jahren wenig ändern. Die Zuschüsse werden absehbar auf immer neue Rekordniveaus anwachsen. Ab 2022 gehen die sogenannten starken Jahrgänge zunehmend in den Ruhestand, das heißt, von da an wird die Zahl der anspruchsberechtigten Rentenempfänger für mehr als ein Jahrzehnt hinweg Jahr für Jahr überproportional ansteigen.

Darauf müssen wir vorbereitet sein. Es ist daher richtig und wichtig, dass die Bundesregierung aktuell eine Kommission mit dem Namen „Verlässlicher Generationenvertrag“ eingesetzt hat.

Ich hoffe und gehe davon aus, dass sich diese Kommission ihrer wichtigen Aufgabe gewachsen zeigt. Denn in einer freien Gesellschaft ist das Vertrauen der Leistungserbringer in die Gerechtigkeit, Fairness und Belastbarkeit des Generationenvertrages untrennbar mit dessen Bestand verbunden.

Vertrauen ist das, was letztlich unsere Gesellschaft zusammenhält. Vertrauen insbesondere auch in unsere gesellschaftlichen Institutionen.

Es ist überhaupt ein Bären dienst für das Vertrauen der Leistungsträger in die Fairness unserer Systeme Sozialer Sicherung, wenn von politischer Seite Bestrebungen erfolgreich sind, überfällige Senkungen von Sozialversicherungsbeiträgen durch Schaffung oder Ausdehnung kostenintensiver Aufgaben systematisch zu verhindern.

Denn die vielfältigen Umverteilungen über das System Sozialer Sicherung von Jungen zu Alten, von Männern zu Frauen, von West nach Ost sollen von den Leistungserbringern dauerhaft akzeptiert und von den Versicherten bejaht werden.“